**Administrativ-organisatorische Vorbereitung der unteren Katastrophenschutzbehörden /
Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes vom 28.10.2024**

**Hier: Stellungnahme gemäß Nr. 2 der Dienstanweisung über die Zuständigkeit bei
überörtlichen Kommunalprüfungen des Landesrechnungshofes vom 06.11.2017**

Mit Schreiben vom 28.10.2024 legt der Landesrechnungshof die Prüfungsmitteilung zu der genannten überörtlichen Prüfung vor. Es wird unter Bezugnahme auf § 5 Abs. 1 und 2 NKPG darauf hingewiesen, dass eine Bekanntgabe der Prüfungsmitteilung an das Hauptorgan des Landkreises Rotenburg (W.) vorzunehmen ist und anschließend eine öffentliche Auslegung der Prüfungsmitteilung zu erfolgen hat.

Die überörtliche Kommunalprüfung des Landesrechnungshofes hinterfragte bei sieben Landkreisen und drei Städten die Umsetzung der nach den §§ 5a bis 11 des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (NKatSG) zu treffenden Vorbereitungsmaßnahmen zur Krisenbewältigung.

Der Schwerpunkt der Prüfung lag dabei auf der administrativ-organisatorischen Ausgestaltung durch die Katastrophenschutzbehörden und bezog die Jahre 2019 bis 2023 in die Prüfung ein.

Dieser Zeitraum war aus Verwaltungssicht insofern nur bedingt aussagekräftig, als er Phasen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs umfasste. In dieser Zeitspanne waren die personellen Kapazitäten der Katastrophenschutzbehörden verstärkt auf die Bewältigung dieser Krisen (Impfzentren, Mobiles Impfen, Aufnahme von Geflüchteten) ausgerichtet. Die zeitgleich oder unmittelbar danach vorangetriebene rechtliche Reglementierung verschiedener Vorgaben von Bund und Land in den Sektoren des Zivilschutzes und der Katastrophenvorsorge (u.a. Reform des NKatSG) definierten für die Kommunen zudem auch zusätzliche Aufgaben, zu deren Bewältigung unter anderem personell die Voraussetzungen erst geschaffen werden mussten.

Teilbereiche der Prüfung lagen in der Betrachtung der Gefahrenanalyse, der Erfassung von Kritischen Infrastrukturen, der Katastrophenschutzpläne einschließlich der Externen Notfallpläne, der Aus- und Fortbildung geeigneten Führungspersonals für die Katastrophenschutzstäbe und die Technischen Einsatzleitungen, der Personal- und Sachausstattung der Verwaltungseinheiten (Sachbearbeitung) und der Förderung der Einheiten des Katastrophenschutzes, sowie eine Auswertung der Ausgabenentwicklung für den Katastrophenschutz (KatS) während des Zeitraums.

Das Ergebnis des Landesrechnungshofes liegt nun in der Form einer Prüfungsmitteilung vor (vgl. Anlage). Der Landesrechnungshof kommt dabei zu folgendem Schluss:

„Die unteren Katastrophenschutzbehörden treffen die erforderlichen Vorbereitungen, um bei Katastrophen und außergewöhnlichen Ereignissen den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der lebenswichtigen Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Die geprüften Katastrophenschutzbehörden zeigten sich hier insgesamt gut aufgestellt. Die durch die überörtliche Kommunalprüfung festgestellten Defizite haben die Kommunen im Blick. Gesetzliche Aufgaben und Herausforderungen wie neue und häufiger auftretende Gefahrenlagen wurden erkannt und werden von ihnen angegangen. ...“

Zu den im Rahmen des gezogenen Fazits formulierten Empfehlungen des Landesrechnungshofes sei angemerkt, dass der Landkreis bestrebt ist, diese aufzugreifen, um die Resilienz gegen Schadensereignisse bestmöglich auszubauen.

Der Aufbau und die Ausbildung des Katastrophenschutzstabes und einer Technischen Einsatzleitung verläuft konstruktiv, so dass in absehbarer Zeit auch das Zusammenwirken dieser Stäbe mit den übrigen Einheiten des KatS durch praktische Übungsszenarien regelmäßig getestet und verstetigt werden kann. Für die praktische Stabsarbeit wird aktuell eine neue, landeseinheitlich

beschaffte Stabssoftware auf die Kommunen ausgerollt; im Rahmen der angelaufenen Schulungen ist bereits erkennbar, dass dieses digitale, intuitiv bedienbare Instrument nützlich sein wird.

Zur Identifizierung von möglichen Gefahrenquellen und –ursachen findet ein aktiver Austausch mit den kreisangehörigen Kommunen statt, wie auch im Bereich kritischer Infrastrukturen zum Beispiel Handlungsabläufe mit den Trägern der Energie- und Versorgungswirtschaft sowie im Gesundheitswesen erarbeitet und miteinander abgestimmt werden (z.B. für Stromausfallszenarien).

Weiterhin will der Landkreis einen großen Schritt bei der Ausrüstung und Ausstattung der Einheiten des KatS unternehmen. Hier soll in den kommenden Jahren in die Bildung von Einsatzkontingenten gemäß Runderlass zur Gliederung und Sollstärke der Einheiten im Katastrophenschutz investiert und mit einem Sonderprogramm die Beschaffung von Einsatzfahrzeugen finanziert werden, um die im KatS mitwirkenden privaten Träger (insb. Hilfsorganisationen) zu unterstützen.

Am Produkt 12.8.01 „Katastrophenschutz“ des Haushalts ist abzulesen, dass seit dem Haushaltsjahr 2024 auch in nennenswertem Umfang Gelder bereitgestellt werden, die Investitionen in verschiedene Teilbereiche des Bevölkerungsschutzes ermöglichen.

gez. Thies

(Thies)

Anlagen: Prüfungsmitteilung vom 28.10.2024 mit Begleitschreiben Landesrechnungshof